

Antrag

der Abgeordneten Philipp Mißfelder, Sibylle Pfeiffer, Frank Heinrich (Chemnitz), Norbert Barthle, Julia Bartz, Dr. André Berghegger, Dr. Christoph Bergner, Peter Beyer, Klaus Brähmig, Helmut Brandt, Cajus Caesar, Thomas Dörflinger, , Dr. Thomas Feist, Dr. Maria FlachsbarthThorsten Frei, Alexander Funk, Dr. Peter Gauweiler, Alois Gerig, Eberhard Gienger, Astrid Grotelüschen, Monika Grütters, Manfred Grund, Fritz Güntzler, Olav Gutting, Dr. Stephan Harbarth, Robert Hochbaum, Anette Hübinger, Hubert Hüppe, Dr. Egon Jüttner, Roderich Kiesewetter, Jürgen Klimke, Axel Knoerig, Andreas G. Lämmel, Barbara Lanzinger, Ingbert Liebing, Karin Maag, Stephan Mayer (Altötting), Dr. Michael Meister, Dietrich Monstadt, Marlene Mortler, Elisabeth Motschmann, Carsten Müller (Braunschweig), Dr. Philipp Murmann, Dr. Andreas Nick, Alexander Radwan, Josef Rief, Dr. Norbert Röttgen, Erwin Rüddel, Stephan Stracke, Dr. Hans-Peter Uhl, Dr. Volker Ullrich, Michael Vietz, Dr. Johann Wadephul, Karl-Georg Wellmann, Anita Schäfer (Saalstadt), Johannes Selle, Bernd Siebert, Dr. Andreas Schockenhoff, Heinz Wiese (Ehingen), Tobias Zech, Heinrich Zertik, Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Niels Annen, Dr. Bärbel Kofler, Gabriela Heinrich, Edelgard Bulmahn, Dr. Karamba Diaby, Dr. h. c. Gernot Erler, Dr. Ute Finckh-Krämer, Dagmar Freitag, Josip Juratovic, Dietmar Nietan, Achim Post (Minden), Ulla Schmidt (Aachen), Peer Steinbrück, Franz Thönnies, Dr. Rolf Mützenich, Thomas Oppermann und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Kordula Schulz-Asche, Tom Koenigs, Omid Nouripour, Annalena Baerbock, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, Uwe Kekeritz, Dr. Tobias Lindner, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Jürgen Trittin, Doris Wagner, Kai Gehring, Peter Meiwald und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Erinnerung und Gedenken an die Opfer des Völkermordes in Ruanda 1994

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Deutsche Bundestag verneigt sich im Gedenken an die Opfer von Gewalt, Mord und Vertreibung, unter denen die Bevölkerung Ruandas von April bis Juli 1994 zu leiden hatte. Er beklagt die grausamen Taten der Verantwortlichen, die zum Tod von über 800 000 Menschen in Ruanda geführt haben. Er bedauert insbesondere die wenig entschiedene Rolle der internationalen Gemeinschaft, die

trotz vielfältiger Informationen über das mörderische Handeln vor Ort nicht ausreichend versucht hat, die Gräueltaten zu beenden.

Der Deutsche Bundestag ehrt mit diesem Gedenken die Bemühungen aller Ruander, die sich unter schwierigsten Umständen und gegen vielfältige Widerstände für die Rettung von Frauen, Männern und Kindern eingesetzt haben. Ihr Handeln soll im Sinne der Verbesserung der Beziehungen zwischen allen Bevölkerungsgruppen in Erinnerung gehalten werden.

Der Deutsche Bundestag ist sich bewusst, wie schwer es ist, zu den dunklen Seiten der eigenen Vergangenheit zu stehen. Er ist fest davon überzeugt, dass eine ehrliche Aufarbeitung der Geschichte notwendig ist. Es gilt, das Andenken der Opfer zu wahren, die Leiden der Überlebenden zu lindern und die gesellschaftlichen Gruppen zu versöhnen.

Der Deutsche Bundestag erkennt ausdrücklich die nationalen Bemühungen um Aufarbeitung und Versöhnung an. Die Gesellschaft Ruandas ist bereits einen weiten Weg zur Versöhnung gegangen. Es ist ein großes Verdienst, dass der innere Frieden Ruandas erhalten wurde.

Der Deutsche Bundestag erkennt mit der Arbeit des Arusha-Tribunals ausdrücklich die internationalen Anstrengungen für eine strafgerichtliche Aufarbeitung des Völkermordes an. Die Täter dürfen nicht straflos bleiben.

Ebenso würdigt der Deutsche Bundestag die Aktivitäten der Regierung Ruandas, die einen Beitrag zu den laufenden Prozessen der Aufarbeitung des Völkermordes und der gesamtgesellschaftlichen Versöhnung leisten. Die Regierung Ruandas engagiert sich sehr für das globale Bewusstsein hinsichtlich der Früherkennung und Prävention möglicher aufkommender Völkermordgefahren. Die ruandische Gesellschaft orientiert sich an den Lehren des nicht verhinderten Völkermordes. Auf der internationalen Ebene richtet sie ihr Engagement an der Stärkung der Vereinten Nationen hinsichtlich Prävention, Schutzverantwortung, Friedensentwicklung und Wiederaufbauarbeit aus. Die internationale Gemeinschaft muss zukünftig durch geeignete Instrumente und den notwendigen politischen Willen solche Gräueltaten verhindern. Im Sinne der UN-Resolution 1325 (2000) „Frauen und Frieden und Sicherheit“ können Frauen hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten.

Der Deutsche Bundestag würdigt ausdrücklich die Bemühungen gegen eine Ethnisierung der ruandischen Politik. Der Deutsche Bundestag nimmt die positiven Bemühungen der Regierung Ruandas und der Nachbarstaaten um Frieden und Stabilität in der Region zur Kenntnis. Besonders hervorzuheben sind dabei die Konfliktlösungsbemühungen im Rahmen der Internationalen Konferenz „Große Seen“ (ICGLR) gemeinsam im Geiste des UN-Rahmenabkommens von Addis Abeba.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Regierung Ruandas in ihrem Bemühen, die demokratischen Strukturen weiter zu festigen. Aus seiner Sicht sind dabei die Gewährung bürgerlicher Rechte, die Achtung der Menschenrechte und die Freiheit der Medien unverzichtbare Bestandteile. Demokratische Öffnung und Stabilität bedingen sich gegenseitig.

In diesem Zusammenhang ermutigt der Deutsche Bundestag die Regierung Ruandas, ihrer Reformagenda weiter Nachdruck zu verleihen. So könnte z. B. die Überarbeitung des Gesetzes zur Genozidideologie positive Impulse für den Transformationsprozess des Landes setzen. Der Deutsche Bundestag beobachtet mit Interesse die Gesetzesvorhaben für den weiteren Auf- und Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen sowie für die Arbeitsmöglichkeiten von politischen Parteien, Nichtregierungsorganisationen, Frauenorganisationen, Religionsgemeinschaften und Gewerkschaften.

Der Deutsche Bundestag zeigt sich erfreut über die wirtschaftliche Gesundung des Landes, sieht die Wirtschaft aber noch vor großen Herausforderungen. Die Regierung Ruandas steuert mit ihrer neuen Armutsbekämpfungsstrategie entschlossen dagegen. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung in ihrem Ansatz zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung mit Ruanda.

Der Deutsche Bundestag ist entschlossen, die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Ruanda weiter zu vertiefen und kann dabei bilateral auf dem Austausch in der Parlamentariergruppe Östliches Afrika aufbauen. Im multilateralen Rahmen will der Bundestag insbesondere den Austausch in der Interparlamentarischen Union weiterentwickeln und mit der Teilnahme an der Aktion „Parlamentarier schützen Parlamentarier“ immer wieder ein Zeichen setzen, wenn Parlamentarier, Politiker und Menschenrechtsverteidiger unserer Unterstützung bedürfen.

Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung in ihrer Politik, für Ruanda ein zuverlässiger Partner zu bleiben. Eine gute demokratische, rechtsstaatliche und nachhaltig sozioökonomische Entwicklung des Landes in einem stabilen regionalen Umfeld liegt im deutschen und europäischen Interesse. Dabei nimmt der Deutsche Bundestag zur Kenntnis, welche ausdrückliche Anerkennung das deutsche Engagement bei der ruandischen Regierung genießt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- bei der zentralen Veranstaltung zum 20. Jahrestag des Genozids am 7. April 2014 in Kigali hochrangig vertreten zu sein;
- Parlament, Regierung und Gesellschaft Ruandas zu ermutigen, sich mit ihrer jeweiligen Rolle in der Zeit des Völkermordes vorbehaltlos auseinanderzusetzen;
- die Unterstützung von Ruanda im Rahmen der vorhandenen Haushaltsmittel fortzusetzen und dabei mitzuhelfen, dass zwischen allen Bevölkerungsgruppen ein Ausgleich durch Aufarbeitung und Versöhnung stattfinden kann;
- sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Stärkung der Demokratie und Menschenrechte als Grundlage des friedlichen Zusammenlebens in Ruanda einzusetzen, insbesondere für die Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Akteure, Frauenorganisationen und unabhängiger Medien;
- auch zukünftig dabei zu helfen, die zwischenstaatlichen Beziehungen in der Region auf der Grundlage des Völkerrechts zu gestalten;
- fortführend alles zu tun, um durch Maßnahmen der Konfliktprävention und -regelung die Gefahr von Menschenrechtsverletzungen frühzeitig zu bannen;
- sich nach Kräften bei der Lösung gegenwärtiger Krisen gemeinsam mit den Partnern in der Europäischen Union und den Vereinten Nationen vor allem mit diplomatischen Mitteln zu engagieren;
- sich auf diplomatischem Weg für eine Implementierung und Operationalisierung der Schutzverantwortung im Rahmen des Völkerrechts stark zu machen.

Berlin, den 1. April 2014

Volker Kauder, Gerda Hasselfeldt und Fraktion
Thomas Oppermann und Fraktion
Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

